

Aus dem Inhalt:

Warnung vor Spitzeln
Die Verkäufung der Zivilisation
Braune Blutjustiz
Hitlers geheime Goldreserve

Kulturkampf in vollem Gang

Nationalsozialistische Parteiführer in der Defensive

Der stille Kulturkampf in Deutschland ist plötzlich laut geworden. Die katholische Kirche ist im offenen Kampfe mit der nationalsozialistischen Partei, das heißt mit den Rosenberg, Frick, Göring, Baldur von Schirach. Führende Kleriker sind aus der Reserve hervorgetreten und stellen sich an die Spitze der katholischen Volksbewegung. Die Haltung der Kirche ist selbstbewußter und entschiedener als zuvor. Für die Beurteilung der Lage im Kulturkampf ist jedoch entscheidend, daß es sich um eine echte katholische Volksbewegung handelt. Das Laienelement drängt zum Gegenangriff gegen die nationalsozialistischen Angriffe, und dies Drängen hat wesentlich dazu beigetragen, die Haltung der Kleriker zu stärken.

Es hat manche Vorspiele gegeben, die die jetzige Zuspitzung der Lage ankündigten; die Vorstöße der Hitlerjugend und die Abwehr der katholischen Verbände, die Polizeigesetze gegen die katholischen Organisationen, die Devisenprozesse gegen die Klöster und das Echo, das sie geweckt haben, das Vorgehen nationalsozialistischer Organe gegen die Fronleichnamprozession und die Stärke der katholischen Protestdemonstrationen. In diesem Zusammenhang war die Tatsache interessant, daß an vielen Orten die Militärbehörden sich einer Politik der Verärgerung der katholischen Bevölkerung widersetzt und den kirchlichen Feiern ihren aktiven Schutz gewährt haben.

Jetzt zeigt das Duell zwischen dem Bischof von Münster und den nationalsozialistischen Führern, daß der katholische Widerstand die Zone des Schweigens durchbrochen hat. Ein Versuch der deutschen Glaubensbewegung, in Münster eine Demonstration mit dem Professor Hauer durchzuführen, ist auf aktiven Widerstand der katholischen und kirchlich-protestantischen Bevölkerung gestoßen. Als Antwort darauf wollte Rosenberg in Münster sprechen. Der Bischof von Münster wandte sich an den Oberpräsidenten der Provinz und warnte vor einem Auftreten Rosenbergs. Darauf wurde eine Parade der nationalsozialistischen organisatorischen Macht in Münster veranstaltet, Rosenberg, Lutze und Frick hielten Kampfreden gegen »die Zentrumsprälaten, den immer noch lebendigen Zentrumsgeist«. Rosenberg rief aus: »Die Zentrumsführer kämpfen mit Hilfe der nach Auflösung der politischen Partei noch gebliebenen Organisationen im unterirdischen, aber auch schon offen gegen den neuen Staat!«

Die Zurschaustellung organisatorischer Drills durch die Nationalsozialisten gegen die katholische Volksbewegung vermag die ideologische Schwäche der Nationalsozialisten in diesem Kampfe nicht zu verdecken. Je stärker sie in ihren Kampfreden ihre Anschauungen herausarbeiten, um so schärfer wird der Konflikt. Je schärfer das Evangelium des kriegerischen Nationalismus betont wird, um so erbitterter wird der katholische Widerstand. Wenn Lutze in Münster deklamiert:

»Wir glauben an das Recht der Idee, wir glauben an die Gesetzmäßigkeit unseres Willens, wir glauben an die Richtigkeit unserer Weltanschauung, wir glauben an unseren Führer Adolf Hitler, wir glauben an die rassenmäßig bedingte Ewigkeit des deutschen Volkes und an ein tausendjähriges Deutsches Reich!«

So klingt das gläubigen Ohren schon wie eine Blasphemie. Wenn aber Göring bei dem Frankenfest auf dem Hesselberge im Beisein Streichers verkündet:

»Wenn uns heute die Kirchen zum Glauben mahnen, fragen wir sie, die ein Volk glaubenlos werden ließen, wo sie in dieser schweren Notzeit gewesen sind. Entscheidend ist nicht der Glaube zu diesem oder jenem Dogma, entscheidend ist, wie stark der Glaube an die Zukunft des Volkes ist. Dieser Glaube steht nicht im Widerspruch zu Gott, denn der Allmächtige hat dieses Volk geschaffen, damit es hier auf dieser Erde seinen Platz hat. Indem ich an das Volk und an seine Zukunft glaube, glaube ich an den Allmächtigen, weil das seine beste Schöpfung auf Erden war. Wenn schon noch Wunder geschehen, so war eines die Wiedergeburt des deutschen Volkes, das uns Adolf Hitler gegeben hat.«

so heißt das an die Stelle des katholischen Dogmas ein neues Dogma setzen mit dem Inhalt: der Weg zu Gott geht durch den kriegerischen Nationalismus. An die Stelle von Jesus Christus als Mittler zwischen Gott und den Menschen tritt der nationalsozialistische Nationsbegriff. Das neue nationalsozialistische Dogma verstößt übri-

gens auch gegen den protestantischen Grundgedanken von der unmittelbaren Beziehung des Menschen zu Gott.

Bei solchen klaffenden Gegensätzen auf dem Gebiete des Glaubens ist es nicht ein Zeichen der Stärke, sondern der Schwäche, wenn der Stabschef der SA droht: »Wer uns bekämpft, den schlagen wir nieder, wer uns provoziert, den greifen wir an!« Ganz allgemein gesprochen; wie bei der Arbeiterschaft so sind die nationalsozialistischen Anbeter der reinen Gewalt und der rein organisatorischen Macht auch beim katholischen Volksteil auf eine geistige Schranke gestoßen, über die sie nicht hinwegkommen. Was hinter dem Bischof von Münster steht, ist nicht organisatorische Kraft, sondern eine Volkstimmung, die sich geistiger Gleichschaltung widersetzt.

Nach mehr als zwei Jahren des Machtmonopols und des Terrors ist dies Ergebnis kläglich für das System. Es ist selbstverständlich, daß sich der katholische Wi-

derstand gegen das System nicht auf rein religiöse Dinge beschränkt, sondern daß Fragen der politischen und kulturellen Freiheit und des wirtschaftlichen Drucks hineinspielen, und daß die katholische Volksbewegung ein Teil der aus vielen Lücken fließenden Gesamtopposition gegen das System im Volke ist. Angesichts des Anwachsens der oppositionellen Stimmung zeigen sich Symptome der Unsicherheit im System. Die ausgesprochenen Parteinationalsocialisten empfinden das Problematische ihrer Stellung und ihrer Parteimacht, sie fühlen, daß die Entzauberung der Parteimacht im vollen Gange ist, daß sich neben ihnen andere Mächte aufrichten, die sie langsam aber sicher beiseite drängen. Sie greifen deshalb zu den alten Mitteln, die alle auf dem Glauben an die alleinigmachende Kraft der reinen Organisation beruhen. Aber sie kämpfen heute bereits in der Defensive — nicht mit der Volkstimmung, sondern gegen eine Stimmung, die sich langsam aber sicher immer mehr gegen sie und gegen ihre Methoden wendet.

Kampfstimmung in Danzig

Die Opposition fordert Neuwahlen

Wir lesen nun wiederum die »Danziger Volksstimme«, die die braunen Machthaber auf fünf Monate verboten, aber nach drei Monaten wieder freigegeben haben. Schon die umfassende erste Nummer zeigt eine unerschrockene Haltung, die beweist, daß trotz des Verbots der alte Kampfgeist lebt.

Unsere Danziger Genossen können gerade dort eingreifen, wo sie beim Verbot aufgehört haben; sie können auf die Verderblichkeit der Naziwirtschaft hinweisen, die zum Bankrott des Nazismus in Danzig führen muß. Was die »Danziger Volksstimme« während der Wahlen zum Volkstage voraussagen konnte, die Gefahr für die Währung, ist inzwischen eingetroffen. Das Verbot sollte die »Danziger Volksstimme« ruinieren, sie steht

aber in alter Kraft und unerschrockener Verbundenheit mit ihren Lesern ungeschwächt vor neuen Aufgaben, wiederum im Kampf.

Wie lange die Nazis Wahrheiten ertragen können, steht noch dahin. Schon für die erste Nummer nach dem Verbot hat die »Danziger Volksstimme« eine polizeiliche Verwarnung erhalten wegen zweier . . . Gerichtsberichte. Der Leidensweg der »Danziger Volksstimme« beginnt also aufs neue. Aber er geht zu Ende, so sicher wie die Naziwirtschaft in Danzig!

Aktive Opposition

Die oppositionellen Parteien sammeln Unterschriften für ein Volksbegehren für Auflösung des Volkstages und Neuwahlen. Sie hoffen, die dafür nötigen 23.000

Unterschriften in zwei bis drei Tagen zu erreichen.

Die Danziger Sozialdemokraten haben am 5. Juli eine mächtige Protestkundgebung gegen die Politik des Senats in der großen Sporthalle veranstaltet. Die Massenkundgebung ist ohne Störung verlaufen.

Der nationalsozialistische Terror

Der nationalsozialistische Senat hat eine Reihe von Beamten verhaften lassen, weil sie sich an einer gegen die Nationalsozialisten gerichteten Versammlung des »Verbandes nationaler Beamten« beteiligt haben, der unter deutschnationalem Einfluß steht. Die Verhafteten wurden des Hoch- und Landesverrats beschuldigt. Wegen dieser offenkundigen Verletzung der Verfassungsbestimmungen über die Organisationsfreiheit hat sich die Opposition an den Völkerbundskommissar gewandt. Unter dem Druck des Kommissars hat der Senatspräsident diese Verhafteten wieder freilassen müssen.

Die Danziger SA versucht, die immer stärker werdende Opposition durch neuen Straßenterror einzuschüchtern.

Der Juristenausschuß

Dem vom Völkerbundsrat in seiner Mai-tagung eingesetzten Juristenkomitee zur Prüfung verschiedener Danziger Fragen werden, wie das Völkerbundssekretariat mitteilt, folgende Persönlichkeiten angehören: der Staatsrechtslehrer an der Universität Zürich, Prof. Fritz Freiner, der Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes der Niederlande, Jan Koster, und der ehemalige Präsident des Appellationsgerichts in Stockholm und ehemalige schwedische Außenminister, Baron Max von Württemberg.

Der Juristenausschuß wird bis zur nächsten Sitzung des Rates des Völkerbundes, die im September stattfinden wird, wichtige Urteile fällen müssen. Die Petitionen berühren die wichtigsten Gegenstände des innerdanzigen politischen und Rechtslebens, die Fragen der Rechtsgleichheit der Danziger Staatsbürger, des Rechts der freien Meinungsäußerung und hier besonders das Recht der Pressefreiheit in Danzig, das die »Danziger Volksstimme« zum Gegenstand einer an den Hohen Kommissar in Danzig gerichteten Petition gemacht hat.

Ein neues Zuchthaus-Urteil!

Leipziger Sozialdemokraten wegen illegaler Arbeit verurteilt

Die gleichgeschaltete Presse veröffentlicht folgenden Bericht über einen geheimen Hochverratsprozeß, der am 30. Juni in Dresden zu Ende gegangen ist:

Nach viertägiger geheimer Verhandlung verkündete am Sonnabend-Abend der Zweite Strafsenat des Oberlandesgerichts das Urteil in einem Prozeß gegen 16 aus Leipzig und Umgebung stammende Angeklagte, die sich der Verbreitung von Schriften hochverräterischen Inhalts schuldig gemacht hatten. Unter den Angeklagten befanden sich auch zwei ehemalige Redakteure der »Leipziger Volkszeitung«, Kurt Günther und Albert Fichte. Auch bei den übrigen handelt es sich um frühere Angehörige der SPD.

Noch bis in den Juli 1934 hatten sie fortgesetzt in großer Zahl, zumeist in den tschechoslowakischen Emigrantenzentralen hergestellte Schmutz- und Schmähchriften gegen das nationalsozialistische Deutschland, wie den »Neuen Vorwärts« und die »Sozialistische Aktion«, sowie mit irreführenden Titeln wie »Aristoteles«, »Schopenhauer« oder »Die Kunst des Selbstmordens« versehene Broschüren, in denen ganz unverhüllt zum Bürgerkrieg aufgehetzt wurde, eingeschmuggelt

und durch ein Netz von Verteilern und Unterverteilern an den Mann zu bringen versucht. Das Gericht verurteilte die am schwersten belasteten Angeklagten

Günther zu 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust,

Utrott zu 4 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust,

Rothe zu 3 Jahren 3 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust,

Gasch zu 3 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust,

Fichte und Schönfeld zu je 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust.

Die übrigen Angeklagten erhielten Zuchthaus- bzw. Gefängnisstrafen von 1 Jahr 6 Monaten bis zu 2 Jahren 3 Monaten. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen, gegen einen weiteren wurde das Verfahren eingestellt.

Kein Terrorurteil kann den Widerstand der Arbeiterschaft gegen das System brechen! Der Kampf der illegalen Sozialdemokratie geht weiter, die Arbeit wird im Geiste ihrer Märtyrer fortgesetzt.

Hitlers geheime Goldreserve

Das Geheimnis der Schachtschen Devisenpolitik

Die Reichsbank hat das Transfermoratorium, durch das sie die Zins- und Tilgungszahlungen nach dem Auslande eingestellt hatte, für ein weiteres Jahr bis zum 30. Juni 1936 verlängert. Sie begründet diesen Schritt, der allerdings niemanden überrascht hat, mit dem Andauern der schlechten Devisenlage.

In der Tat betragen die von der Reichsbank ausgewiesenen Gold- und Devisenmengen nur rund 89 Millionen Reichsmark gegenüber den vor einem Jahr erreichten Tiefstand von 76 Millionen. Nun ist es sicher, daß der deutsche Goldbestand minimal ist. Aber ob er wirklich nur 89 Millionen beträgt, bleibt sehr zweifelhaft. In der englischen Finanzpresse war in letzter Zeit wiederholt die Rede von einem

geheimen Goldfonds,

über den Schacht neben dem offiziell zugegebenen verfüge. Daß ein solcher existiert, halten auch wir für sehr wahrscheinlich. Vor einiger Zeit sind die früheren Privatnotenbanken des Rechts auf Notenausgabe entkleidet worden. Ihr Goldbestand hätte eigentlich auf die Reichsbank überführt werden müssen. Er betrug rund 70 Millionen. Nie aber sind diese 70 Millionen im Reichsbankausweis sichtbar geworden. Sie sind irgendwo versteckt. Ferner: ein großer Teil der Zahlungsoperationen mit dem Ausland geht über das Tochterinstitut der Reichsbank, die Golddiskontbank. Es ist durchaus möglich, daß bei dieser Bank Devisenvorräte angesammelt sind, die ebenfalls nicht im Reichsbankausweis erscheinen. Schließlich ist es wahrscheinlich, daß Devisen, die aus der Ausfuhr bei den großen Exportfirmen, den Industriekonzerne oder den Banken anfallen und bei der Reichsbank angemeldet werden, nicht im vollen Umfange abgerufen werden, sondern als geheime Reserve der Reichsbank zur Verfügung stehen.

Versleierte Zahlungsbilanz

Braucht man an dem Vorhandensein einer verborgenen Goldreserve also an sich nicht zu zweifeln, so läßt sich über deren Höhe kaum ein sicheres Urteil gewinnen. Denn die deutsche Zahlungsbilanz wird mit Absicht völlig undurchsichtig gemacht. Dies gilt vor allem für den wichtigsten Posten der Zahlungsbilanz, für die Ergebnisse der Handelsbilanz, sobald man sie für die wirkliche Höhe der Deviseneingänge heranziehen will. Man weiß zwar, daß die Handelsbilanz im Jahre 1934 ein Defizit von 284 Millionen aufgewiesen hat, und es ist wahrscheinlich, daß im ersten Halbjahr 1935 das Defizit sich auf rund 200 Millionen belaufen wird. Aber das besagt über die wirkliche Devisenbewegung noch nicht allzu viel, denn bekanntlich hat es Schacht verstanden, einen erheblichen Teil der importierten Waren nicht zu bezahlen. Vor einiger Zeit war er so gütig, diese Warenschulden auf rund 1/2 Milliarde zu schätzen, wobei es natürlich durchaus möglich ist, daß sie auch noch einige hundert Millionen mehr betragen. Jedenfalls deckt dieser neu aufgenommene Zwangskredit bis jetzt reichlich die ausgewiesenen Fehlbeträge der Handelsbilanz. Zwar haben sich einige Länder, namentlich England und Holland, gegen die Nichtbezahlung der gelieferten Waren zur Wehr gesetzt und bis zu einem gewissen Grade auch Bezahlung der aufgelaufenen Schulden erreicht, aber in anderen Ländern sind wieder neue Schulden entstanden, so daß sich die Warenschulden insgesamt keineswegs vermindert haben. Andererseits haben die von Schacht forcierten Importe aus Südosteuropa und Südamerika dazu geführt, daß die dort früher eingefrorenen deutschen Forderungen, die auf ihrem Höhepunkt über 500 Millionen RM. betragen hatten, in Warenform zurückgeflossen sind, so daß in diesem Umfange die Zahlungsbilanz entlastet worden ist. Zudem hatte Rußland 1934 für einige hunderte Millionen frühere Kredite zurückgezahlt und der Rest von 250 Millionen soll zum größten Teil in diesem Jahre getilgt werden. Dem stehen gegenüber die auf Grund von Spezialabkommen bezahlten Zinsen, die die Reichsbank 1934 noch auf 300 bis 400 Millionen beziffert hat, was etwa der Hälfte der Zinsverpflichtungen entsprechen

würde. Seitdem ist eine neue Verminderung eingetreten, deren genaue Höhe allerdings nicht angegeben wird. Den Zinszahlungen stehen aber gegenüber Deviseneinnahmen der deutschen Seeschiffahrt, die 1933 noch auf 213 Millionen angegeben wurden, sich aber inzwischen verringert haben dürften, und ferner 150 Millionen Einnahmen aus deutschen Kapitalanlagen im Auslande.

Überblickt man all diese verschiedenen Angaben, so verstärkt sich trotz ihrer Ungenauigkeit der Eindruck, daß die Ansammlung gewisser geheimer Goldvorräte durchaus nicht ausgeschlossen war. Andererseits ist es nicht wahrscheinlich, daß dieser Goldfonds einen wirklich ins Gewicht fallenden Betrag bereits erreicht hat. Um einige hundert Millionen allerdings könnte es sich schon handeln. Aber als Kriegsfonds ist es eine unbeträchtliche Summe.

Die Dumpingabgabe der Industrie

Daher auch das Bestreben Schachts, durch weitere Manipulation des Außenhandels sich vermehrten Deviseneingang zu verschaffen. Dies um so mehr, als eine Reihe der früher angeführten Posten, wie die Auftauung der deutschen Guthaben im Auslande und die Rückzahlung der russischen Kredite nunmehr liquidiert sind und auch das Eingehen neuer Warenschulden immer schwieriger wird. Wir haben bereits berichtet, daß versucht wurde, die große Dumpingabgabe der deutschen Industrie einfach durch Schreiben der Berufsverbände an die einzelnen Unternehmungen einzuführen. Man hatte diesen Weg gewählt, damit die deutsche Regierung Rekrimationen des Auslands gegen-

über darauf hinweisen könnte, daß es sich ja gar nicht um gesetzliche Maßnahmen der Regierung, sondern um private Selbsthilfe der Industrie handle. Trotz aller Gleichschaltung der Wirtschaftsführer erwies sich aber das Verfahren als undurchführbar. Die Industriellen setzten der Abgabe, die 2 bis 8 Prozent ihres Umsatzes wegsteuert, nach wie vor heftigen Widerstand entgegen und bestritten den Berufsverbänden das Recht, solche Steuern zu erheben. Schließlich erließ die Regierung im Reichsanzeiger vom 28. Juni ein Gesetz über Erhebung von Umlagen in der gewerblichen Wirtschaft. Der merkwürdige Text lautet:

»Die Reichswirtschaftskammer kann Anordnungen treffen über die Erhebung und Verwendung von Umlagen durch Gruppen oder Vereinigungen von Unternehmern und Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft als Organe der Selbstverwaltung und über die Einziehung und Beitreibung solcher Umlagen durch Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern oder sonstige öffentlich-rechtliche Vereinigungen von Unternehmern und Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft.«

Es ist klar, daß auch dieser Text nur zu Tarnungszwecken gewählt worden ist, denn die Reichswirtschaftskammer, der plötzlich von der Diktatur ein Stück Steuerhoheit übertragen wird, wird natürlich nichts verordnen, was ihr nicht vorher Schacht verordnet hat. Dem Ausland gegenüber aber soll der Schein aufrecht erhalten werden, daß nicht die Regierung, sondern die Organisation der privaten Wirtschaft für das Dumping verantwortlich sei. Daher auch die völlige Zurückhaltung der deutschen Presse, die das für die Nichteingeweihten unver-

ständige Gesetzkommentarlos bringen mußte und sich auch bisher aller weiteren Erörterungen enthält. Die Belastung ist für die Industrie umso schwerer, als sie die Umlage nicht durch eine Erhöhung der Inlandspreise abwälzen soll. Sie soll auf Kosten der Gewinne, der Reservenbildung, der Abschreibungen und Neuinvestitionen gehen. Ob freilich, trotz Gördeier, Preis-erhöhungen wirklich unterlassen werden, ist mehr als zweifelhaft. Die Umlage soll 720 Millionen RM. — fast das Dreifache der Körperschaftssteuer — erbringen, der Restbetrag bis zu einer Milliarde von der Golddiskontbank aufgebracht werden. Man schätzt, daß damit ein rund 25-prozentiger Zuschuß auf alle Exporte gewährt werden kann. Da für eine Reihe von Exportvorgängen Zuschüsse in dieser Höhe nicht erforderlich sind, kann das Dumping bei anderen Waren um so stärker betrieben werden.

Nun ist das Dumping für die nationalsozialistische Aera nichts neues. Bisher aber wurden die Exportprämien zu einem wesentlichen Teil aufgebracht aus den Gewinnen, die auf Kosten der Auslandsgläubiger durch den Rückkauf von deutschen Schuldverschreibungen, Scrips usw. gemacht wurden. Dieses Verfahren, das immerhin den ausländischen Gläubigern die Realisierung ihrer Guthaben ermöglichte, kommt jetzt in Fortfall. Schacht hat kein Interesse mehr daran, die ausländischen Schulden zu vermindern, da er ja ohnedies Zinsen und Tilgung nicht zahlt. Er zwingt jetzt die Industrie selbst, ihre Schleuderkonkurrenz zu finanzieren.

Eine Milliarde wird auf dem Steuerweg der deutschen Volkswirtschaft entzogen, um sie an das Ausland zu verschenken.

Zu solchen verzweifelten Mitteln muß die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik greifen, um sich die Devisen zu verschaffen, die sie für die Einfuhr der Rüstungsrohstoffe benötigt.

Dr. Richard Kern.

Die Waffen der Arbeitsschlacht

Ende April 1935 waren bei den Arbeitsämtern 2,23 Millionen Arbeitslose gemeldet. Die Zahl war damit »um nicht weniger als 3 Millionen geringer als vor zwei Jahren«, heißt es im Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung vom 5. Juni. Mit welchen Mitteln ist dieser Erfolg der »Arbeitsschlacht« erzielt worden? Wäre es ein echter Aufschwung, dann könnte der Lohn aus den Einnahmen der Unternehmer bezahlt werden. So ist es aber nicht. Wie sich aus den amtlichen Zahlen nachweisen läßt, besteht fast der ganze Erfolg der Arbeitsschlacht darin, daß die Verbesserung der Arbeitslosenstatistik mittelbar oder unmittelbar mit öffentlichen Mitteln finanziert wird. Das Wie der Arbeitsschlacht ist aber keineswegs gleichgültig. Die Unternehmer bezahlen bei normaler Konjunktur die Löhne letzten Endes aus dem Einkommen der Verbraucher, das Dritte Reich aber bezahlt sie mit Schuldenmachen. Bei echtem Aufschwung steigt nicht nur die Zahl der Arbeiter, sondern auch ihr Lohn, der unechte, mit öffentlichen Mitteln bezahlte Aufschwung des Hitlerreiches bewirkt Lohndruck und Teuerung.

1.

Den Arbeitsdienst gab es schon vor Hitler. Er ist im Reichshaushaltsplan 1934/35 zusammen mit der SA mit 250 Mill. Kostenzuschuß bedacht. Ende 1934 war die Zahl der Arbeitsdienstler nicht größer als Ende 1932, nämlich jetzt wie damals rund 250.000. Damals war man aber so korrekt, aus öffentlichen Mitteln Entlohnung als Arbeitslose anzusehen, das Dritte Reich zählt sie zu den Beschäftigten. Um diese 250.000 hat sich also die Zahl der Arbeitslosen nur auf dem Papier der Arbeitslosenstatistik, nicht in Wirklichkeit vermindert.

Die Reichszuschüsse für Notstandsarbeiten heißen »Grundgebühren«. Sie beträgt je Tag und angesetzten Arbeiter 3 Mk. Die Reichsanstalt hat dafür bis jetzt 550 Millionen bereitgestellt. Die Zahl der Notstandsarbeiter ist im Verlauf des Jahres 1934 stark eingeschränkt worden. Ende 1932 waren es rund 270.000, jetzt sind es rund 90.000. Das Dritte Reich hat also die Arbeitslosenstatistik um rund 180.000 Notstandsarbeiter entlastet.

Im Reichsautobahnbau waren für 1934 rund 500 Millionen vorgesehen. Ende Oktober waren dabei unmittelbar 70.000, mittelbar in den Lieferindustrien 110.000 Menschen, also insgesamt 180.000 Menschen beschäftigt.

Das ergibt also für diese Kategorie aus dem Arbeitslosenheer Entlassener 250.000 + 180.000 + 180.000 = rund 600.000.

2.

320.000 heimatlustige Paare sind mit Ehestandsdarlehen in Gesamthöhe von 180 Mill. bedacht worden. 320.000 weibliche Arbeiter mußten sich verpflichten, aus der Erwerbsarbeit auszuschneiden. Ende des vorigen Jahres hatte Staatssekretär Reinhardt sich gerühmt, durch die Ehestandsdarlehen, die allerdings inzwischen eingestellt worden sind, rund 400.000 bis 500.000 Menschen mittelbar und unmittelbar zusätzlich in Beschäftigung gebracht zu haben.

Durch die Umstellung und Gleichschaltung von Beamtenschaft, Polizei und Wehrmacht sind abgebaute Beamte zum Teil in Pension geschickt, zum Teil ohne Aussicht auf entlohnte Arbeit entlassen worden. Sie scheiden aus der Arbeit aus, zumeist ohne als Arbeitslose registriert zu werden. Sie werden durch »Zuverlässigere« ersetzt. Ueberdies gelangen durch die Einrichtung neuer Ämter, Propagandaministerium, Luftfahrtministerium, 25 Ueberwachungsstellen, bisher Arbeitslose in Arbeit und entlasten Arbeitsämter und Arbeitslosenstatistik. Auch die ungefähr 50.000 Deutsche, Juden und Marxisten, die seit Januar Deutschland verlassen haben, um Kerker und Tod, jedenfalls aber der Hölle des Dritten Reiches zu entgehen, sind eine moralische Belastung des Regimes, aber eine Entlastung für seine Arbeitslosenstatistik.

Die Gruppe derer, die vom Arbeitsmarkt verschwunden sind, ohne in den Produktionsprozeß eingereicht zu werden, kann gleichfalls auf mindestens 600.000 veranschlagt werden, das ist ein Fünftel der in der Arbeitsschlacht eroberten Zahlen.

3.

Die Reichsanstalt gewährt den Bauern für die Beschäftigung eines Landhelfers eine Beihilfe aus ihren Mitteln, davon soll der Bauer Lohn und Arbeitgeberbeiträge bezahlen. Für das Rechnungsjahr 1934/35 ist die Zahl der Landhelfer auf 160.000 festgesetzt worden. Dazu kommt das »Landjahr« mit 20.000 Schülern, also 180.000, deren Unterhalt vom Staat aufgebracht wird. Das gilt auch für die neuangestellten Hausgehilfinnen. Hitler hat die Einstellung von »Dienstpersonal« den »Herrschaften« dadurch erleichtert, daß er ihnen die Sozialversicherungsbeiträge gestrichen und ihnen gestattet hat, bei den Abzügen zur Einkommensteuer die Hausgehilfinnen als unmündige Kinder zu

behandeln. Hitler verschafft den feinen Damen Erleichterung ihres schweren Daseins auf Kosten des Reiches. Staatssekretär Reinhardt hat die Zahl der durch dieses Geschenk an die vornehmen Leute mehr eingestellten Hausangestellten auf 100.000 beziffert.

Es sind also 300.000, ein Zehntel siegreicher Arbeitsschlacht, denen der Lohn vom Reich bezahlt wird.

Die mit diesen Waffen geschlagene Arbeitsschlacht hat ergeben die Verminderung der Arbeitslosen um 600.000 + 600.000 + 300.000 = 1.500.000. Damit ist der Sieg in der Schlacht der Arbeit zur Hälfte erkämpft.

Damit sind die Mittel, durch Uebernahme der Lohnzahlung durch das Reich die Unternehmer zur Mehrereinstellung von Arbeitern anzureizen, längst nicht erschöpft. Dazu gehören noch die Zuschüsse für Hausreparaturen. Allein dafür wurden rund 500 Millionen zur Verfügung gestellt. Dazu gehört die Herabsetzung der Frachttarife bei Beförderung von Arbeitsmaterial, Steuerbefreiung bei Investitionen, Herabsetzung der Umsatzsteuer für den Großhandel, die ihn veranlassen soll, seine Lager zu vergrößern. Dazu kommt der allgemeine Druck auf die Löhne und die allseitige Teuerung. Dazu gehört vor allem, daß der viel gerühmte »Aufschwung« zugestandenmaßen auf »Staatskonjunktur«, d. h. auf gut bezahlten Rüstungsaufträgen beruht. Fast die gesamte Arbeitsschlacht wird also mittelbar und unmittelbar mit öffentlichen Mitteln oder, was im Dritten Reich gleichbedeutend ist, durch Anhäufung von Schulden finanziert. Das Regime schwebt zwischen den beiden Gefahren, entweder in den Strudel der Inflation zu geraten oder an der Klippe der Arbeitslosigkeit zu scheitern.

G. A. Frey.

Telefonspitzel

Aus Nürnberg wird uns mitgeteilt: Alle verdächtigen Personen, die privat oder im Kontor einen Telefonapparat haben, erhalten eines Tages den Besuch eines Telefonarbeiters, der ihren Apparat nachsieht, weil sich bei der Zentrale ständig Störungen zeigen, wenn diese Nummer gerufen werde. Tatsächlich findet der Telefonarbeiter, daß die Störung im Apparat liegt, kommt am nächsten Tage mit einem neuen Apparat wieder und der Telefonteilnehmer ist von diesem Augenblicke an bei jedem Gespräch, das er mit dem neuen Apparat führt, mit der entsprechenden Abteilung der Polizeidirektion verbunden und alle seine Gespräche werden abgehört.

Hakenkreuz über der Mainlinie!

Das Dritte Reich — Zerstörer der Reichseinheit!

Innerhalb und außerhalb des eisernen Vorhangs, hinter dem die braunen Eroberer das deutsche Volk ihren hochnotpeinlichen Prozeduren unterziehen, findet man häufig Männer, heimliche und offene Gegner des Dritten Reiches, die bei aller Kritik dem Nationalsozialismus eine staatspolitische Leistung zuzubilligen geneigt sind. Was Bismarck, was Weimar nicht gelungen sei, die endgültige Liquidierung der deutschen Kleinstaaterei, die Beseitigung der partikularistischen Komplexe des deutschen Westens und des deutschen Südens: das habe endlich der »Führer« geschafft. Jetzt erst habe sich der Traum von der deutschen Reichseinheit verwirklicht, und wenn die besten Kämpfer der deutschen Einheitsidee aus dem Vormärz heute aus himmlischen Gefilden auf die realpolitische Inkarnation ihrer Gedanken durch Hitler herabsehen könnten, so würden sie den Meister loben.

Diese Perspektive gehört heute zu den Elementarsätzen der nationalsozialistischen Geschichtslehre. Ihre Verlogenheit wetteifert mit ihrer Primitivität. Da jedoch in allen Dingen, die das Dritte Reich und die von ihm politisch und psychologisch unaufhörlich »erzogenen« Menschen betreffen, mit allen Tatsachen und Erkenntnissen wieder ganz von vorn begonnen werden muß, so ist es nötig, die heutige »totale« braune Reichseinheit genauer zu überprüfen.

Die Märzahlen von 1933, deren Ergebnisse Hitler trotz mangelnder Mehrheit den Vorwand zu alleiniger Machtergreifung lieferten, brachten eine interessante Erscheinung. Die Welle des Nationalsozialismus — darüber bestand bei aller Behinderung der freien Wahl, bei allem begründeten Verdacht der Fälschung kein Zweifel — hatte die politischen, kulturellen, religiösen und psychologischen Grenzziehungen innerhalb Deutschlands jäh überflutet. Zwar waren für ihn in den protestantischen Gebieten Ostelbiens prozentual erheblich mehr Stimmen abgegeben worden als im katholischen Rheinland; aber andererseits war z. B. in Bayern die Bayrische Volkspartei mit ihren bis zuletzt noch heftigen Widerstand proklamierenden Führern von den Nazis überflügelt worden. Sie hatte die bayrische Volkseele nach altem, früher oft bewährtem Rezept gegen »Berlin«, wo bereits Hitler residierte, mobilisiert, nicht ohne erkennen zu geben, daß man sich schließlich gegen gewisse partikularistische Konzessionen mit den Räubern der politischen Freiheit und den Exekutoren des Terrors abgefunden hätte.

Mit »Berlin« aber hatte nicht nur Hitler, sondern auch Preußen gesiegt. Der bayrische Ausgangspunkt Hitlers betrifft nur den Standort, wofür durch die Münchner Rätezeit gewisse geschichtliche Ursachen vorlagen, aber keineswegs der Geist und die innere Disposition der nationalsozialistischen Bewegung. Sie entstammte der Welt der absoluten Subordination, machtpolitisch ausgedrückt im Militarismus. Die durch das preußische Medium zitierte braune Armee drang durch die breite Bresche politischer, wirtschaftlicher und sozialer Volksverwirrung, die den Glauben an die Kraft der eigenen Verantwortlichkeit und damit an die Demokratie auf tiefste erschütterte hatte. Altpreußischer Absolutismus organisierte und gestaltete die Front der neudeutschen Despotie, die die »Nation« eroberte und niederwarf. Die »Einheit zwischen Volk und Staat« wurde weder durch den Staat noch durch das Volk geschaffen, sondern durch den Machtpruch des Diktators. Ein Akt der Volksunterwerfung soll nun vor dem Forum der Geschichte in den endlichen Sieg der Reichseinheit verwandelt werden.

Darin liegt eine tiefe Erniedrigung der Idee. Alle diejenigen, die für sie Blut und Leben hingegeben hatten, sahen die Verwirklichung der Reichseinheit immer nur in ihrer Verbindung mit der politischen Freiheit. Die Jung-Hegelianer, die Männer des »Jungen Deutsch-

land«, die frühen sozialistischen Erwecker und Erzieher haben die ersten Barrikadenkämpfe um die deutsche Freiheit mit politischen Gedanken und einer Weltanschauung vorbereitet, deren Herzstück die Humanitätslehre war, als Sinnerfüllung der Gleichheit eines jeglichen Menschenantlitzes. Mit ihrer Vernichtung hat Hitler die Idee der deutschen Einheit geschändet und an ihrer wahren Erfüllung verhindert.

Wie aber fügen sich in Hitlers großpreußische Reichseinheit die Länder und

des Westens hielt sich mit einigen Gründen eher zum deutschen Pionier berufen — gegenüber jenen Leuten aus dem Osten mit oft verdächtig slawischen Namen. Der Reichtum der Landschaft, die durch Kunst und Baudenkmäler repräsentierte Geschichte, die Nuancen der Sprache: immer schwangen diese Imponderabilien bei allen politischen Auseinandersetzungen mit. Der Katholizismus gab die religiös-weltanschaulichen Untertöne. Er besaß seine großen Stützpunkte im Westen mit einer gewaltigen Macht über Sachen und Seelen,

blick mit sichtbarer Widerlegung der alten Vorurteile geworden war.

Nun ist dem Hitlerheere die Ueberumpelung gelungen. Braune und schwarze Stiefel haben die politische und psychologische Problematik des deutschen Volkstums und der natürlichen seelischen Landschaftsgliederung »überwunden«. In den Amtsstuben, in den Schulen, an den Universitäten haben sich im Süden wie im Westen Deutschlands nun überall »Preußen« eingenistet, wenn nicht der Herkunft, so doch nach der Meinung breiter Volkskreise dem Wesen nach, Menschenverächter mit der Reitpeitsche, furchterregende Amtswalter aller Grade, die selber wieder in Furcht um Amt und Leben gehalten werden, Kreaturen, die wieder Kreaturen erzeugen. Es ist, wenigstens nach oben und nach außen hin, alles einheitlich und gleichgeschaltet, niedergeworfen durch den neupreußischen Krückstock und Gamaschenknopf eines »Führers«, dem gegenüber Friedrich Wilhelm I. von Preußen beinahe in die Reihe der bedeutenden Vorkämpfer der Menschenwürde gehört. Westdeutschland und Süddeutschland sind mit allen ihren politischen, sozialen und menschlichen Varianten dick überkrustet von der braunen preußischen Invasion...

Die Teilung Deutschlands



Der Krieg hat Deutschlands Einheit nicht zerstört
Sie verteilen Deutschland unter sich

die Provinzen ein, die nie aufhörten, ihre politische und psychologische Distanz zum Preußentum zu bewahren? Wie lange hat sich das Rheinland der systematischen Borussifizierung nach 1815 widersetzt, damals, als man von Berlin aus Heere ostelbischer Beamter an die »gefährdete« Westgrenze schickte! Die rheinische liberale Bourgeoisie verhartete jahrzehntelang im Widerstand gegen die zentralisierende preußische Reaktion, und die »Rheinische Zeitung« von 1842, zu deren Chefredakteur Karl Marx berufen wurde, hatte die Aufgabe, das rheinische Bewußtsein der politischen Freiheit, Erbe der französischen Revolution und der napoleonischen Gesetzgebung, gegen die preußische Beamtenhierarchie wachzuhalten.

Eine jahrtausendalte Kultur setzte sich in der politischen Haltung wie in der gesamten Lebensauffassung aufs stärkste von den ostelbischen Regierungs- und Kolonisierungsmethoden ab. Der Deutsche

die der Berliner protestantischen Bürokratie immer ein Buch mit sieben Siegeln war. Noch bis in die Kriegsjahre hinein wurde den Katholiken in der Verwaltung der westlichen Provinzen ein entsprechender Einfluß versagt. Noch immer waren die »Katholen« der militärischen und zivilen Oberschicht Preußens verdächtig. Vollends die Mainlinie! Das süddeutsche Menschentum bietet die reichhaltigste Musterkarte volklicher Differenzierungen, mitgeprägt durch eine Ländergeschichte, die jahrhundertlang ihren Hauptakzent im Antipreußischen besaß. Der süddeutsche Partikularismus, oft im Kleinen und Lächerlichen verfangen, war zum Teil politische und menschliche Auflehnung gegen den anspruchsvolleren und unhöflichen Imperativ des Borussentums berlinischer Prägung. Das saß dem Volke jenseits des Mains so elementar im Blute, daß sie gegen Männer aus »Berlin« auch dann noch von tiefstem Mißtrauen erfüllt waren, als aus Preußen eine freiheitliche Repu-

Nein, diese Reichseinheit war nicht gemeint. Sie entwickelt aus sich selbst Kräfte des Widerspruchs und der Zersetzung, die für jeden genaueren Beobachter längst erkennbar geworden sind. Die wachsende innere Auflehnung fängt an — ein Vorgang, der aufs deutlichste verfolgt zu werden verdient — sich nach den alten Landschaften und bisherigen staatlichen Bindungen zu ordnen. Sie wendet sich an den urwüchsigen geschichtlichen Zusammenhang des süddeutschen und des westdeutschen Volkstums und entzündet aus dem Haß gegen den Unterdrücker die stärksten Impulse zur Ablösung von diesem System. Das vollzieht sich durch einen einfachen, logischen Umbruch, der auch dem letzten im Volke zur lebendigen Anschauung wird. Die einstige Feindseligkeit gegen Preußen verwandelt sich in Feindschaft gegen das Dritte Reich.

Wer mit Hitlergegnern aus dem Süden oder aus dem Westen spricht, stößt immer wieder auf solche Anschauungen, vor allem bei Katholiken. In einer großen Zentrumskundgebung im Juni 1932 in Köln, auf der Brüning, der einige Wochen vorher gestürzte Kanzler, sprach, führte der Vorsitzende wörtlich aus: »Von den Türmen des Kölner Doms grüßen wir die Türme der Frankfurter Paulskirche, die Türme der Münchner Frauenkirche und den Turm von St. Stephan in Wien«. Jeder verstand. Schon lag über der Versammlung die Vorahnung des uniformierten Anmarsches des freiheitsfeindlichen und antikatholischen Preußentums. Es gab minutenlangen rasenden Beifall. Täuschen wir uns nicht darüber: Solche Gedanken gehen im unterirdischen Deutschland des Westens und des Südens wieder von Mund zu Mund und haben in phantastischen Verkleidungen Massen für sich gewonnen.

Wir brauchen nicht zu sagen, daß sie nicht die unsrigen sind. Wir bleiben der sozialistischen und zugleich deutschen Tradition treu, dem Kampfe für die wahre Einheit aller deutschen Länder und Stämme auf dem Boden der politischen Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit. Heute mehr als je! Denn das ist erwiesen: unter Hitlers Führung ist dieser großen Idee deutscher Geschichte eine Wunde geschlagen worden, zu deren Wiedergutmachung Generationen deutscher Menschen den ganzen Einsatz ihrer politischen und moralischen Kräfte benötigen werden. Andreas Howard.

